

## **Sportpolitische Fragen der DOSB-Mitgliedsorganisationen an die Fraktionen im Deutschen Bundestag**

### **Anlässlich des**

### **DOSB Wahlhearings am 1. Juli 2009**

#### **Deutscher Aeroclub:**

Erbittet in folgenden Punkten eine Stellungnahme zum Luftsicherheitsgesetz:

Die Luftsportler sind ins Visier der Terrorfahnder geraten - unberechtigt, wie wir meinen. Seit 2004 müssen sich Luftsportler einer strengen Zuverlässigkeitsüberprüfung unterziehen. Sportflugzeuge sind keine Waffen. Sie sind aufgrund der geringen Zuladungsmöglichkeiten als Transportmittel für Sprengstoffe wenig effektiv und wurden weltweit noch nie für einen Terroranschlag eingesetzt. Eine deutsche Pilotenlizenz im Verein zu erwerben und zu halten ist sehr zeitintensiv und mit großem persönlichem Engagement verbunden. Terroristen agieren weltweit, wohl kaum einer würde in einem deutschen Verein eine deutsche Lizenz erwerben. Schon im europäischen Ausland sind die Bestimmungen wesentlich lockerer. In Deutschland dürfen nach internationalem Recht Piloten mit ausländischen Lizenzen und Flugzeugen fliegen. Ohne den Nachweis der Zuverlässigkeit! Durch deutsches Recht werden deutsche Piloten im eigenen Land ausländischen Piloten gegenüber benachteiligt!

#### **Antwort:**

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat Ihr Anliegen gegen die Sicherheitsüberprüfungen der Piloten von Anfang an unterstützt. Wir halten diese umfangreichen, häufigen und kostspieligen Zuverlässigkeitsprüfungen für unangemessen, unverhältnismäßig und sachlich nicht gerechtfertigt. Sie sind Teil einer Strategie der Bekämpfung des Terrorismus durch die Bundesregierung, mit der die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger beschädigt werden. Nicht zum ersten Mal nimmt die Bundesregierung europäische Beschlüsse zum Vorwand, um ihre ganz ureigenen Vorstellungen von Sicherheitsaufgaben gesetzlich durchzusetzen. So ist auch hier der von Ihnen zu Recht angesprochene Widerspruch zwischen ausländischen und deutschen Lizenzbedingungen entstanden.

Wir haben die Klagen der Piloten unterstützt und hoffen sehr, dass der für dieses Jahr anstehende Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zu der Frage, ob § 7 Abs. 1 Nr. 4 Luftsicherheitsgesetz vom 11. Januar 2005 (BGBl I S. 78) i.V.m. § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 Luftverkehrsgesetz verfassungsgemäß ist, in Ihrem Sinne und im Sinne der Bürgerrechte ausfällt.

## Nationale Verantwortung – nationale Spielräume nutzen

Piloten denken international. Kaum ein Sport, der so grenzübergreifend agiert wie der Luftsport.

Deshalb begrüßen die Luftsportler eine europaweit einheitliche Gesetzgebung für die Luftfahrt. Doch nicht für alle Bereiche sind europäische Regelungen sinnvoll. Deshalb räumen die EU und die europäischen Behörden den Mitgliedsstaaten nationale Spielräume ein. Der Deutsche Aero Club fordert, dass der Gesetzgeber und die deutschen Behörden die nationalen Spielräume im Sinne der Luftsportler besser nutzen. Beispiel: Ab dem 1. Januar 2010 müssen alle Motorflugzeuge mit einem Emergency Locator Transmitter (ELT) ausgerüstet werden. Das verlangt die 3.

Durchführungsverordnung der Betriebsordnung für Luftfahrtgerät (LuftBO), die im April 2009 in Kraft trat. Diese automatischen Notsender, die bei einem Crash die Position des verunglückten Flugzeugs an eine Rettungseinrichtung weiterleiten, werden von der internationalen Zivilluftfahrt-Organisation nur für grenzüberschreitende Flüge verlangt. Von der Ausrüstungspflicht sind in Deutschland rund 6700 Flugzeuge betroffen. Ein 406 ELT kostet rund 2500 bis 3000 Euro einschließlich Einbau. Was in großen Flächenstaaten sinnvoll sein kann, ist in Deutschland kaum nützlich. In Deutschland gibt es keine großen unwegsamen Flächen. Der Deutsche Aero Club fordert eine Ausnahmeregelung für Flugzeuge unter 2t MTOW, die überwiegend als Sport- und Freizeitgerät eingesetzt werden. Piloten sollten selber entscheiden dürfen, ob sie ihre Flugzeuge mit einem Notsender ausrüsten wollen.

### **Antwort:**

Den Standpunkt, dass bei europäischen Vorgaben nationale Spielräume genutzt werden sollten, teilt die Fraktion DIE LINKE voll und ganz. Zur Erinnerung: Auch in der Frage der Sicherheitsüberprüfungen wurde von der Bundesregierung eine europäische Zwangsläufigkeit vorgespiegelt, hinter der die eigenen Interessen an diesen Regelungen verborgen wurden.

Zur Frage des verbindlich vorgeschriebenen Einbaus von automatischen Notrufsendern/ELTs ab 01.01.2010 teilt DIE LINKE Ihre Argumente nicht ganz. Auch für Sport- und Freizeitflieger wäre der Einbau von ELTs ein Zuwachs an Sicherheit, für den Clubs und Verbände auch werben sollten. Sinnvoll wäre allerdings ein größerer zeitlicher Spielraum für Flugzeuge unter 2t MTOW und eventuell durch versicherungstechnische Anreize verbundener größerer individueller Entscheidungsspielraum.

## **Deutscher Alpenverein:**

Wie stehen Sie zu

- der Forderung, dass die Bundesregierung zukünftig neben der Förderung des olympischen Spitzensports verstärkt auch den nichtolympischen Spitzensport fördern sollte? Gerade das Beispiel der Sportart „Klettern“ zeigt, welches Potential im Bereich des Spitzensports in diesen jungen, attraktiven und auch medienwirksamen Sportarten auch aus Bundessicht steckt. Eine internationale Konkurrenzfähigkeit können diese Sportarten nur durch eine adäquate Spitzensportförderung des Bundes erreichen.

### **Antwort:**

Sport hat eine hohe und vielfältige gesellschaftliche Bedeutung. Diese Bedeutung drückt sich keinesfalls allein durch die Medienwirksamkeit der jeweiligen Sportart aus. DIE LINKE ist für eine größtmögliche Förderung von Spitzen- und Breitensport. Deshalb unterstützt DIE LINKE die Festschreibung von Sport als ein Staatsziel. DIE LINKE hat ein Sportfördergesetz des Bundes vorgeschlagen (Drucksache 16/7744), von dem olympischer und nichtolympischer Spitzensport profitiert hätten. Derzeit kann es allerdings nur darum gehen, die Förderung der nichtolympischen Sportarten stabil zu gestalten. DIE LINKE vertritt grundsätzlich die Auffassung: Grundlage jeglicher Sportförderung muss sein, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am Sport zu ermöglichen.

- der Forderung, analog zu anderen europäischen Ländern einen so genannten „Klimafonds“ einzurichten, mit dem zum einen Projekte gefördert werden können, die dazu beitragen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren und die zum anderen helfen, die unmittelbaren Folgen des Klimawandels zu beheben? Gerade der Deutsche Alpenverein ist bereits heute massiv durch die Folgen des Klimawandels betroffen, da z.B. durch die zunehmende Anzahl von Starkniederschlägen der Unterhalt der Bergsportinfrastruktur deutlich aufwändiger und kostenintensiver wird. Auf der anderen Seite trägt der DAV auch durch das Ziel, die alpinen Berghütten regenerativ zu ver- und entsorgen, dazu bei, die Folgen des Klimawandels im Alpenraum zu minimieren.

### **Antwort:**

In der deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel bestätigt die Bundesregierung (BT-Drs 16/11595), dass was die verschiedenen Naturschutzverbände schon lange sagen: „Direkt vom Klimawandel betroffen ist vor allem das ökonomisch bedeutsame Segment des Wintersports. Besonders in den tieferen Lagen der Alpen und den deutschen Mittelgebirgen ist bereits in den letzten 50 Jahren ein deutlicher Rückgang der Schneesicherheit zu beobachten. In Zukunft ist damit zu rechnen, dass in den Alpen nur noch in Höhen über etwa 1500 m, in den Mittelgebirgen in Lagen über 800 bis 1000 m Wintersport zu betreiben ist. Die Beschneigung mit Schneekanonen zur Erhöhung der Schneesicherheit und

Saisonverlängerung könnte bei steigenden Temperaturen in tieferen Lagen künftig nicht mehr möglich sein. Wegen dieser Entwicklung ist mit einer Konzentration des Skitourismus auf die ökologisch besonders sensiblen höheren Lagen der zentralen Alpen zu rechnen. Deshalb kommt dem Angebot von alternativen Aktivitäten (Wandern, Kulturreisen, Wellnessaufenthalte) eine wichtige Rolle zu.“

DIE LINKE ist der Auffassung, dass entsprechende finanzielle Mittel im internationalen und im nationalen Rahmen bereitgestellt werden müssen, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren und die unmittelbaren Folgen des Klimawandels zu beheben helfen. Dafür könnte unter anderem ein Teil der Milliarden an jährlichen Einnahmen verwendet werden, welche ab 2013 als Versteigerungserlöse des Staates im EU-Emissionshandel anfallen. Die Mittel sollten vor allem in die Stützung naturnaher touristischer Aktivitäten gehen, und nicht in Projekte wie zusätzliche Schneekanonen. Zudem müssten sie zusätzliche Lasten abdecken, die sich aus notwendig werdenden Sicherungsmaßnahmen gegen Bergstürze, Hochwasser etc. ergeben.

- der Forderung die Stromsteuer für Sportvereine zu ermäßigen bzw. zu erlassen? Der Gesetzgeber will gemeinnützige Vereine bei der Umsetzung ihrer steuerbegünstigten Zwecke weitestgehend von Steuer befreien. Das wird bei der Stromsteuer jedoch nicht umgesetzt. Gemeinnützige Vereine – insbesondere Sportvereine – müssen zur Umsetzung ihrer Vereinsziele sehr häufig hohe Aufwendungen für den Bezug elektrischer Energie tragen, so z. B. für Flutlichtanlagen, Beleuchtung und Heizung von Turnhallen, Kletterhallen, u. v. m.. Wir schlagen daher vor, dass neben dem produzierenden Gewerbe und der Landwirtschaft auch gemeinnützige Vereine bei der Stromsteuer begünstigt werden.

**Antwort:**

Energie ist ein kostbares Gut. DIE LINKE will Gemeinnützige Vereine – unter anderem Sportvereine – von ihren hohen Stromkosten, die durch das Betreiben von Sportanlagen entstehen, entlasten. Dafür kämpft DIE LINKE intensiv für die Förderung Gemeinnütziger Vereine, damit diese ihren Strombezug auf erneuerbare Energiequellen umstellen können. DIE LINKE unterstützt Gemeinnützige Vereine außerdem bei ihren Bemühungen den Stromverbrauch nachhaltig zu senken (bspw. durch den Einsatz energiesparender Verbraucher) und Strom effizienter einzusetzen.

- zu der Forderung, das Ziel, ein modernes und einheitliches Umweltrecht in Deutschland zu schaffen, in der nächsten Legislaturperiode wieder aufzugreifen?

**Antwort:**

Das Tempo der Naturzerstörung und des Raubbaus an natürlichen Ressourcen nimmt weltweit beängstigend zu. Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ein radikaler ökologischer Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen sind zwei Seiten einer Medaille.

Es ist ein Anliegen der LINKEN, den natürlichen Reichtum und die Vielfalt der Natur unseres Planeten auch für nachfolgende Generationen als Grundlage und Bedingung des gesellschaftlichen Lebens zu erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, wird sich DIE LINKE stets für ein modernes und einheitliches Umweltrecht engagieren.

- der Forderung, dass die, aus Sicht des Sports besonders wichtigen und im derzeitigen Bundesnaturschutzgesetz verankerten Punkte der natur- und landschaftsverträglichen sportlichen Betätigung wieder Berücksichtigung finden. Dies sind insbesondere:

- Die natur- und landschaftsverträgliche sportliche Betätigung muss als Form der Erholung in den Zielen des Gesetzes verankert sein.
- Es muss gesetzlich geregelt sein, dass die natur- und landschaftsverträgliche sportliche Betätigung kein Eingriff in Natur und Landschaft ist.
- Ein Zugangsrecht in die freie Landschaft für alle Formen des natur- und landschaftsverträglichen Sports ist im Gesetz zu verankern.
- Analog zu der Anerkennung als Naturschutzverband ist eine Anerkennung der Natursportverbände zu verankern.

**Antwort:**

DIE LINKE unterstützt Ihren Einsatz für den natur- und landschaftsverträglichen Sport ausdrücklich. Problematisch gestaltet sich ihr Anliegen aber im Zusammenhang mit Totalreservaten, deren notwendiger Schutz durch eine solche gesetzliche Regelung gefährdet wäre. Immer wieder taucht die Frage auf, ob Sportvereine als Naturschutzverbände anzuerkennen sind. Hier vertritt DIE LINKE eine ähnliche Auffassung wie die Umweltverbände: NABU und der BUND hatten sich 2003 gegen eine gesetzliche Anerkennung von Sportvereinen als Naturschutzverbände ausgesprochen. Da anerkannte Naturschutzverbände den Erhalt der Natur als eigentliches Hauptziel verfolgen. Die Ausübung von Natursportarten kann in ungünstigen Fällen sogar zu erheblichen Störungen von sensiblen Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräumen führen. Sportarten wie Mountainbiking, Klettern und Kanufahren nutzen die Natur und Landschaft eher als sie zu schützen.

Abschließend zur Frage, ob natur- und landschaftsverträgliche sportliche Betätigung in der Regel kein Eingriff in Natur und Landschaft darstellt. Der Satz ist im Sinne der Eingriffs- / Ausgleichsregelung des Bundesnaturschutzgesetzes zu betrachten. Oberflächlich könnte man dem zustimmen. DIE LINKE spricht sich aber dagegen aus, irgendwelche Interessengruppen per Legaldefinition freizustellen. Denn dies könnte erhebliche Rechtsfolgen haben. DIE LINKE ist diesbezüglich der Auffassung, dass Vereinbahrungen zwischen Kanu oder Anglerverbänden auf Ebene der Bundesländer für alle Seiten Vorteile bringen, inwieweit

bestimmte Schutzgebiete für sportliche Betätigung aus naturschutzfachlicher Betrachtung nutzbar sind.

### **Deutscher Fußball-Bund :**

Wie stehen Sie zu

- einer kontrollierten Liberalisierung des Sportwettenmarktes mit dem Ziel einer lizenzierten Zulassung von Sportwettenanbietern? Sind Sie für die Zulassung aller Anbieter, die die Lizenzvoraussetzungen erfüllen?

#### **Antwort:**

DIE LINKE spricht sich für den Erhalt des staatlichen Wettmonopols aus. Dieses ist notwendig und geeignet, um Spielsucht und Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Das staatliche Wettmonopol bewahrt den Sport außerdem vor einer weiteren und unnötigen Kommerzialisierung. DIE LINKE unterstützt ein Sportfördergesetz zwischen Bund und Ländern, um die Abhängigkeit des Sports von Geldern aus Lotteriegewinnen zu beenden. Eine Liberalisierung könnte gerade nicht kontrolliert werden und würde implizieren, dass Sportförderung konjunkturabhängig ist.

- einem Ausbau der steuerlichen Förderung des Ehrenamtes und der gemeinnützigen Sportvereine?

#### **Antwort:**

Das Ehrenamt und die Gemeinnützigkeit der Sportvereine müssen ausgebaut werden. Um diese Potentiale nutzen zu können, müssen die entsprechenden Bedingungen für die Vereine verbessert werden. Die Fragen des Bürokratieabbaus und z.B. der Umsatzsteuergrenze können vom Bund gelöst werden. Die Tätigkeit der Ehrenamtlichen ist zwar durch das Anheben Freibeträge für Übungsleiterpauschalen u.ä. verbessert worden, aber diese Steuervorteile nutzen nur denen, die auch Steuern zahlen. Wenn Studierende, Arbeitslose oder Rentnerinnen und Rentner oder Geringverdienende ehrenamtlich tätig sind, haben sie von diesen Steuerentlastungen nichts.

DIE LINKE fordert im Sport einen Öffentlichen Beschäftigungssektor – hierzu hat DIE LINKE den Vorschlag unterbreitet, 100 Mio. € in den Bundeshaushalt einzustellen.

- der Förderung von Sprachkursen im Sport bzw. Sportverein?

#### **Antwort:**

DIE LINKE fordert: Gleichberechtigte Teilhabe Aller an sportlicher Betätigung sichern. Frauen, Menschen mit Behinderungen sowie Migrantinnen und Migranten müssen besonders gefördert werden. Sprachkurse sind dabei eine Fördermöglichkeit. Genauso wichtig wie die

sprachliche ist auch die soziale Integration. D.h. Armut darf kein Hinderungsgrund für die Teilnahme und Teilhabe an Sport und Sportvereinen sein.

- dem Erhalt der Zahl der Förderplätze in den Sportfördergruppen der Bundeswehr?

**Antwort:**

Sportlerinnen und Sportler, die Deutschland erfolgreich bei internationalen Wettkämpfen vertreten, müssen sich in der Zeit der Vorbereitung voll und ganz auf den Sport konzentrieren können. Dies geschieht derzeit v.a. in den Sportfördergruppen von Bundeswehr und Bundespolizei. Diese „geschützten“ Arbeitsverhältnisse sollten auf Bereiche des öffentlichen Dienstes und der privaten Wirtschaft ausgeweitet werden. Zudem muss es möglich sein, Sport mit Beruf, Ausbildung oder Studium zu vereinbaren.

**Deutscher Karate Verband:**

Gibt es bei Ihnen Vorstellungen dazu, wie Projekte von Spitzensportverbänden in Sachen Integration und Gewaltprävention außerhalb der Sportförderung in Zukunft noch stärker gefördert werden können?

**Antwort:**

Ja. DIE LINKE fordert:

- Die Verabschiedung eines Sportfördergesetzes des Bundes, das Sport als Querschnittsaufgabe des Bundes festschreibt.
- Weil Sport wichtige gesellschaftliche Funktionen erfüllt, muss seine Bedeutung konsequent anerkannt werden und im Grundgesetz festgehalten werden. Der Bund muss den Zugang für Alle zum Sport sichern.
- Nachhaltige Nutzung der Potentiale des Sports und Stärkung des Ehrenamtes und der Gemeinnützigkeit der Vereine.
- Es muss möglich sein, Sport und Beruf, Ausbildung oder Studium zu vereinbaren.

**Deutscher Verband für Modernen Fünfkampf:**

- Wird es in Zukunft wieder eine Förderung von ehrenamtlichen Personen in internationalen Führungspositionen geben und wenn ja, wie wird diese gestaltet sein?

**Antwort:**

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass ehrenamtliches Engagement umfänglich gefördert werden muss – unabhängig davon, ob dieses in internationalen Führungspositionen stattfindet.

- Wie können junge Menschen bei der Erlangung intern. Führungspositionen im Sport durch die Politik unterstützt werden?

**Antwort:**

DIE LINKE fordert entschieden die Unterstützung sogenannter Dualer Karrieren. D.h. Sportlerinnen und Sportler, die Deutschland erfolgreich bei internationalen Sportveranstaltungen vertreten, müssen sich in der Zeit der Vorbereitung voll und ganz auf den Sport konzentrieren können, dies gilt für Funktionen gleichermaßen. Es muss möglich sein, Sport und Beruf, Ausbildung oder Studium miteinander zu verbinden!

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, Büros internationaler Dachverbänden in Deutschland zu unterstützen?

**Antwort:**

Die Büros internationaler Dachverbände organisieren sich in aller Regel selbständig. Der Bund muss aber Hilfestellung bei deren Vernetzung und Informationsaustausch anbieten.

**Deutscher Ruderverband:**

Wie stehen Sie

- zu dem Stellenwert von Trainern in unserer Gesellschaft und zu der Frage nach ihrer Gehaltsabwicklung.

**Antwort:**

DIE LINKE engagiert sich für eine Aufwertung des Trainerinnenberufes. Allerdings ist dies letztlich eine Aufgabe des Sports selbst. Der Sport beruft sich gegenüber der Politik auf seine Autonomie – in sportfachlichen Fragen hat sich die Politik nicht einzumischen. Fest steht aber auch, dass die Trainerinnengehälter in den vergangenen Jahren kaum gestiegen sind. Außerdem gibt es einen erheblichen Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen. Ein weiteres Problem ist, dass Trainerinnen und Trainer meist nur mit befristeten Verträgen angestellt sind. Längerfristige Verträge – im Sinne einer Planungssicherheit von Trainerinnen und Sportlerinnen – erfordert eine solide und belastbare Förderung durch den Bund, die in einem Sportfördergesetz des Bundes festgeschrieben werden muss.

### **Deutscher Rugby-Verband:**

- Wie beurteilen Sie eine verstärkte Förderung der nicht-olympischen Verbände?

#### **Antwort:**

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass die Grundlage jeglicher Sportförderung sein muss, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am Sport zu ermöglichen. Dies beinhaltet auch eine besondere Förderung von Frauen sowie Migrantinnen und Migranten. DIE LINKE legt größten Wert darauf, dass der Breitensport und der Sport im gemeinnützigen Verein im Mittelpunkt der Sportförderung stehen. DIE LINKE hat sich intensiv mit der Förderperspektive von nicht-olympischen Verbänden auseinandergesetzt. Fest steht: nicht-olympische Verbände erhalten erheblich weniger Förderung im Vergleich zu den olympischen Verbänden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, wenigstens diese Förderung stabil zu halten.

### **Deutscher Seglerverband:**

Wie stehen Sie zu

- der erhöhten Belastung gemeinnütziger Vereine durch zum Teil dramatisch angehobene Pachten des Bundes für solche bundeseigenen Flächen, die von den Vereinen für ihre Sportstätten genutzt werden, insbesondere im Bereich des Wassersportes?

#### **Antwort:**

DIE LINKE ist der Auffassung, die Grundlage der Sportförderung muss sein, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am Sport zu ermöglichen. Deshalb legt DIE LINKE größten Wert darauf, dass der Breitensport und der Sport in gemeinnützigen Vereinen im Mittelpunkt der Sportförderung stehen. Den dramatischen Anstieg der Pachten hat die LINKE kritisch hinterfragt und wird dies auch künftig im Haushaltsausschuss des Bundestages thematisieren.

- dem Antrag des Bundesrates, "Anhänger, die zu Sport- und Freizeitwecken hinter Lastkraftwagen mit einer zulässigen Gesamtmasse bis zu 3,5 t geführt werden" vom Sonn- und Feiertagsverbot generell zu befreien? Hintergrund: Nach § 30 Abs. 3 StVO gilt auf deutschen Straßen an Sonn- und Feiertagen ein Fahrverbot u.a. für Lastkraftwagen mit Anhänger. Von diesem Verbot sind verschiedene Verkehre gesetzlich ausgenommen (§30 Abs. 3 Ziffer 1-4). Darüber hinaus können die zuständigen Landesbehörden gem. § 46 Abs. 1 Nr. 7 und Abs. 2 auf Antrag Ausnahmegenehmigungen von diesem Fahrverbot erteilen. Von diesem Sonntagsfahrverbot sind eine Reihe von Sportarten (z.B. Aero-, Kanu-, Reit-, Ruder-, Segelsport) betroffen. Die Wettkämpfe in diesen Sportarten finden in aller Regel an den Wochenenden statt und enden am Sonntagnachmittag, da die weit überwiegende Zahl der Teilnehmer Amateursportler sind, die in der Woche ihrer Schule, ihrer Berufsausbildung oder ihrem Beruf nachgehen. In der Praxis werden die für derartige Fahrten

beantragten Ausnahmegenehmigungen regelmäßig erteilt. Seit Jahren empfiehlt die Bund-Länder-Arbeitsgruppe StVO, diese Ausnahmegenehmigungen einheitlich und unkompliziert zu erteilen. Der Verkehrsausschuss und der Rechtsausschuss des Bundesrates empfehlen, diese Fahrten in die gesetzlichen Befreiungstatbestände aufzunehmen. Der Bundesrat hat in seiner 858. Sitzung am 15.05.2009 beschlossen, einen entsprechenden Verordnungsänderungsantrag der Bundesregierung zuzuleiten.

**Antwort**

Die LINKE wird den Antrag „Anhänger, die zu Sport- und Freizeit Zwecken hinter Lastkraftwagen...“ im Interesse des Sports prüfen. Aus unserer Sicht steht einem gesetzlichen Befreiungstatbestand nichts entgegen.

**Verband Deutscher Sportfischer:**

- Wie sehen Sie die Stellung der nicht-olympischen Verbände und deren finanzielle Integration?

**Antwort**

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass die Grundlage jeglicher Sportförderung sein muss, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am Sport zu ermöglichen. Dies beinhaltet auch eine besondere Förderung von Frauen sowie Migrantinnen und Migranten. DIE LINKE legt größten Wert darauf, dass der Breitensport und der Sport im gemeinnützigen Verein im Mittelpunkt der Sportförderung stehen. DIE LINKE hat sich intensiv mit der Förderperspektive von nicht-olympischen Verbänden auseinandergesetzt. Fest steht: nicht-olympische Verbände erhalten erheblich weniger Förderung im Vergleich zu den olympischen Verbänden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, wenigstens diese Förderung stabil zu halten.

**CVJM-Gesamtverband in Deutschland:**

Wie stehen Sie zu

- der Förderung von Sportangeboten in Kindergärten.

**Antwort**

Bewegung und gesunde Ernährung sind vom frühkindlichen Alter an zu gewährleisten. Die Entwicklung motorischer Fähigkeiten muss im Kitabereich beginnen. Deshalb setzt sich DIE LINKE entschieden für die Förderung und den Ausbau von Sportangeboten in Kindergärten ein!

- der Sicherstellung der 3. Sportstunde oder mindestens 2. Sportstunde in Schulen.

**Antwort**

DIE LINKE engagiert sich für die Einführung bundesweiter Qualitätsstandards zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schulsports. Derzeit werden Schulsportstunden zugunsten anderer Fächer gestrichen. Die SPRINT-Studie gab dem deutschen Schulsport sehr schlechte Noten. Schülerinnen und Schüler verfügen über unterentwickelte motorische Fähigkeiten, die Sportlehrerinnen und Sportlehrer sind im Schnitt zu alt und die Weiterbildung von Sportlehrerinnen und Sportlehrern kommt zu kurz. DIE LINKE fordert die dritte Sportstunde wieder durchgängig einzuführen. Sport muss in der Schule zusammen mit gesunder Ernährung als Teil von Gesundheitsförderung vermittelt werden.

- der Frage, wie die Politik die Einrichtung eines Fernsehkanals für Randsportarten fördern kann?→Bezug nehmend auf die Anregung von Fritz Pleitgen mal einen Sender / Kanal ähnlich wie Phoenix, oder etwa einen Kanal 'Phoenix-Sport', wo eben Sportarten vorkommen, welche nicht so populär sind. Dieser Kanal sollte sich deutlich von DSF oder Eurosport abheben.

**Antwort**

DIE LINKE engagiert sich für die öffentlich-rechtliche Verantwortung bei der medialen Darstellung der Vielfalt des Sports. Deshalb unterstützt DIE LINKE die Idee eines Phönix-Sport-Senders, der über Rundfunkgebühren/ Steuern finanziert wird und für jeden zugänglich sein soll.

**Bundesverband staatlich anerkannter Berufsfachschulen für Gymnastik und Sport:**

- Welche Anstrengungen wollen Sie unternehmen, um dem Thema Prävention zukünftig die notwendige Bedeutung zukommen zu lassen? (Präventionsgesetz)

**Antwort:**

Die LINKE hat bereits im Bundestag einen Gesetzentwurf für ein Präventionsgesetz eingebracht, weil gerade der Sport für eine wirksame Prävention unerlässlich ist!

### **Deutsche Gesellschaft für Sportmedizin und Prävention:**

- Wann wird das Fach Sportmedizin und Prävention Pflichtfach in der Approbationsordnung der Ärzte?  
Hintergrund: z.Zt. können Ärzte die Approbation erhalten ohne Kenntnisse in Bewegungsmedizin und Prävention.

#### **Antwort:**

Die LINKE wird sich dafür einsetzen, dass Sportmedizin in die Approbationsordnung aufgenommen wird.

- Wann kommt eine Vorsorgeuntersuchung und Trainingsberatung für Freizeit- und Breitensportler als Ergänzung zum Check-Up 35? Hintergrund: körperliche Aktivität als wichtiger Bestandteil der Prävention.

#### **Antwort:**

Diese Fragen müssen mit den Krankenkassen ernsthaft besprochen durchgesetzt werden. Die LINKE vertritt die Auffassung, dass diese Vorsorgeuntersuchungen keiner Altersbegrenzung unterliegen sollten.

### **Nicht-Olympische Spitzenverbände im DOSB:**

- Könnten wir Sie für eine Änderung bzw. Verbesserung der Nachrangigkeits-Definition gewinnen?  
Eine Nachrangigkeit wäre sicherlich auch bis 8, 10 oder gar 20 Prozent gegeben, wobei mit diesen Mitteln viel erreicht werden könnte. Im bisherigen 'Closed-Shop' der Olympischen Verbände und Sportarten gibt es nach IOC-Beschlüssen künftig Bewegung. Es wird im Sportprogramm einen Auf- und einen Abstieg geben. Das heißt, beim IOC-Kongress im Oktober in Kopenhagen wird nicht nur der Ausrichter der Olympischen Spiele 2016 gekürt. Das Sportprogramm dieser Spiele wird voraussichtlich zwei neue Sportarten aufgestockt, nachdem bereits für 2012 Baseball und Softball gestrichen worden sind. Und ab 2020 soll es gar drei Auf- und Absteiger geben. Um für mögliche Aufstiege gewappnet zu sein, wäre es sicherlich von Vorteil, den nichtolympischen Verbänden künftig mehr Aufmerksamkeit zu widmen wie bisher. Notwendig dafür wäre eine Neudefinition des 'Gebotes der Nachrangigkeit' für den nichtolympischen Spitzensport. Heute legt es das zuständige Ministerium so aus, dass die NOV 2,5 Prozent der Summe erhalten, die an die olympischen Verbände für die Jahresplanung und das Leistungssportpersonal geht.

#### **Antwort:**

Ja. Wenn Sie der Fraktion Die LINKE im Bundestag Ihre Vorstellungen zu einer Neudefinition vorlegen, wird DIE LINKE sich dafür einsetzen, dass diese im Sportausschuss des Deutschen Bundestages behandelt werden.

### **Führungsakademie des Sports:**

- Was zählt für Sie zu einer Grundversorgung in Sport für den einzelnen Bürger/-in und wie kann der Staat diese gewährleisten?

#### **Antwort:**

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Sport als Staatsziel im Grundgesetz verankert wird. DIE LINKE hat in diesem Zusammenhang bereits ein Sportförderungsgesetz des Bundes im Bundestag beantragt (Drucksache 16/7744). Darin forderte DIE LINKE u.a.:

1. Gleichberechtigte Teilhabe Aller an sportlicher Betätigung sichern, besondere Förderung von Frauen, Menschen mit Behinderungen, MigrantInnen.
2. Einführung bundesweiter Qualitätsstandards zur Weiterentwicklung des Schulsports.
3. Schaffung öffentlich geförderter Beschäftigung im Bereich des gemeinnützigen Sports.
4. Auch im Sport müssen gleichwertige Lebensbedingungen in Ost und West hergestellt werden. Insbesondere die Situation der Sportstätten erfordert mehr Engagement durch den Bund – der „Goldene Plan“ muss fortgeschrieben und weiterentwickelt werden.